

# Was heißt hier gerecht?

## Sind die Operationen von Todesschwadronen gegen Straßenkinder legitim?

Die auf den ersten Blick drastisch formulierte Frage nach der Legitimation von Todesschwadronen wird von den Einwohnern Davao Citys und auch im wissenschaftlichen Diskurs kontrovers diskutiert. So identifiziert Baker (2002: 11), dass »Aktionen gesetzlos seien in dem Sinn, dass sie gegensätzlich zur nationalen Gesetzgebung stehen, aber nicht illegitim in dem sozialen Kontext in dem sie geschehen«, da viele Menschen in den Philippinen damit übereinstimmen, dass Straßenkinder (»Kriminelle«) nicht die gleichen Rechte haben sollten wie »gesetzestreue« Bürger. Aber wie kommen sie zu dieser Meinung? Legalisiert diese Sicht das Handeln der Todesschwadronen?

Kai Pohlmann

### Davao City: Eine Geschichte der Gewalt

Eine erste Erklärung bietet die lange gewalttätige Geschichte von Davao City, die mit etwa 1.5 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Philippinen ist. Erste Bürgerwehren, sogenannte Stadtteilverteidigungseinheiten, wurden in den 1960er Jahren gegründet, um ihre Nachbarschaft gegen kommunistische Rebellen zu verteidigen. Während der Marcos-Diktatur (1965-1986) und in den Jahren danach wurde Davao »Murder City« (Mordstadt) genannt, in Bezug auf zwei paramilitärische Bewegungen: die *Civilian Home Defence Force* (CHDF) sowie die berühmte *Alsa Masa* (Das Volk erhebt sich), die von der Regierung mit Waffen und Geld unterstützt wurden, um die *New People's Army* (NPA) zu bekämpfen. Zudem zeichnen sich die Kämpfe zwischen muslimischen Separatisten und Fundamentalisten, kommunistischen Vereinigungen, indigenen Völkern einerseits und den Regierungstruppen andererseits alle verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen und politisch motivierte Hinrichtungen. Viele Soldaten, Aufständische und Zivilisten starben in den blutigen

Auseinandersetzungen zwischen den frühen 1970er und den mittleren 1990er Jahren. In dieser Zeit initiierten lokale Regierungsvertreter Medien- und Öffentlichkeitskampagnen, um das Bild von sozialen, demokratischen und verantwortlichen Schwadronen zu kreieren, die sich um die Belange und die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Nachbarschaft kümmern. Die Kampagnen sollten die Unterstützung der Öffentlichkeit für Todesschwadronen als effektive Werkzeuge der Aufstandsbekämpfung gewinnen, um die Morde an ihren politischen Gegnern zu rechtfertigen. Dieses initiierte Bild von Todesschwadronen als Wächter der Sicherheit für die Zivilbevölkerung ist bis heute in der Erinnerung der Davaoños verankert, so dass »die Menschen in dem Denken aufwachsen, dass Kriminelle keine Rechte haben« (Picardal 2004, zitiert in Anson 2004).

### Dutertes »Herrschaft«

Die Amtszeit von Rodrigo Duterte wird als Meilenstein und Wendepunkt in der Geschichte der Stadt betrachtet. Duterte war seit 1987 Bürgermeister von Davao und wurde dreimal wiedergewählt bis seine Tochter Sara im Jahr 2010 sein Amt übernahm. Er versprach die Interessen der Bürger zu vertreten, gegen Kleindelikte hart vorzugehen sowie Gesetz und Ordnung nach Davao City zurückzubringen.

Seit 1993 bedrohen die Todesschwadronen *Davao Death Squad* (DDS) die Bevölkerung der Armenviertel von Davao. Von August 1998 bis Februar 2009 kamen 814 Menschen durch Operationen der DDS ums Leben. Ein Großteil der Opfer sind Straßenkinder. Die DDS argumentieren damit »nur« Klein-

Der Autor studiert Project Management an der Robert Gordon University in Aberdeen, Schottland und ist ehemaliger Praktikant des Philippinenbüros. Der Artikel ist ein Auszug seiner Masterarbeit über Todesschwadronen in Davao City und São Paulo, Brasilien.



kriminelle und Drogenhändler zu ermorden, die stehlen, rauchen, Klebstoff schnüffeln oder Alkohol trinken. Allerdings verlieren auch viele unschuldige Kinder ihr Leben.

Viele Menschenrechtsorganisationen – wie zum Beispiel Human Rights Watch (HRW) – vermuten, dass der Bürgermeister und die lokale Regierung die Ermordungen unterstützen, da die Polizei nie vor Ort ist, wenn diese Tötungen geschehen und erst sehr spät nach den Attentaten auftaucht, keine Beweismittel sammelt sowie keine weiteren Ermittlungen einleitet. Deshalb können die Todesschwadronen frei und ungehindert in einer »Umwelt der Straflosigkeit« (Anson 2004: 27) operieren. Duterte's *law and order* Politik wurde von den Bürgern, die unzufrieden mit der gefährlichen und unsicheren Situation in ihrer Stadt waren, willkommen geheißen. Aufgrund der Wiederwahlen und seiner ungebrochenen Popularität sieht Duterte seine Menschenrechtsverletzungen als legitim an. Die derzeitige Bürgermeisterin Sara Duterte folgt den Fußstapfen ihres Vaters bezüglich der Tolerierung und Unterstützung der DDS-Aktivitäten. Warum sollte sie diesen Ansatz auch ändern: Ihre Politik verspricht öffentliche Unterstützung und hilft Wahlen zu gewinnen.

### Persönliche Sicherheit

Überlebensstrategien und Gangmitgliedschaft von Straßenkindern stehen in einem starken Zusammenhang zu Kriminalität. Straßenkinder begehen mehr Delikte als Kinder die regelmäßig zur Schule gehen und zu Hause leben. Die Mittel- und Oberschicht fürchtet, dass sich die Gewalt der Armenviertel in ihre Nachbarschaften verlagert und denkt, dass eine höhere Zahl getöteter Straßenkinder – die sie als die Wurzel der Verbrechen ausmachen – gleichsam mehr Schutz bedeutet. Deshalb befürworten sie die Methoden der DDS. Davao City gilt heute als sicher, Bewohner und Touristen können sich auch nachts frei bewegen, wobei die Aktivitäten der Todesschwadronen als die Ursache dafür gesehen werden. Es wird geglaubt, dass »ein paar tote Kriminelle (...) helfen, diese Situation beizubehalten« (Anson 2004: 25).

### Öffentliche Stigmatisierung

Menschenrechtsorganisationen kritisieren die negative Stigmatisierung von Straßenkindern durch Gesellschaft und Regierung. Eine besondere Rolle spielen auch die Medien, da sie Straßenkinder für Kriminalität und Gewalt in der Stadt verantwortlich machen. Die Mehrzahl der Medien in den Philippinen gehört den Eliten und Regierungsvertretern, die die öffentliche Wahrnehmung von Straßenkindern negativ be-

einflussen. Doch die ärmeren Bevölkerungsteile, die Todesschwadronen als Bedrohung für ihre Kinder und Nachbarschaft wahrnehmen, kommen nicht zu Wort.

So wird die Rolle der Straßenkinder sozial konstruiert und verallgemeinert: *alle* werden als Kriminelle und Drogenabhängige, Gangmitglieder und Prostituierte gesehen; *alle* gelten als dreckig, gewalttätig, aggressiv und unmoralisch. Die »nutzlosen« Straßenkinder werden von der Mittel- und Oberschicht verachtet, sie werden als *buntogs* (Prostituierte) oder *tambays* (ein verächtliches Wort für Straßenkind) beschimpft. In dem sehr konservativen und katholischen philippinischen Wertesystem wird von Kindern erwartet, dass sie im Haushalt helfen und zur Schule gehen anstatt zu rauchen, zu trinken oder ein frühes Sexualleben mit wechselnden Partnern zu führen. Tätowierungen, Brandmale etc. werden als Charakteristiken von Gangmitgliedern betrachtet – in der öffentlichen Sichtweise gleichbedeutend mit einem kriminellen Hintergrund.

### Erklärungsversuche

Die wahren Gründe, die Kinder auf die Straße treiben, sind Armut, Fehler im Bildungssystem und differenzierte, soziale Probleme in der Familie wie Gewalt oder Missbrauch. Gerade dysfunktionale Familienstrukturen werden als Erklärung für das Fehlverhalten von Kindern herangezogen, da diese Kinder nicht die gesellschaftlichen Regeln oder Verhaltensweisen lernen, die ihnen helfen, sich korrekt und adäquat zu benehmen.

Menschenrechtsgruppen zufolge sorgt die soziale Exklusion dafür, dass Straßenkinder keine formale Arbeit finden und so kriminell, in der Prostitution oder dem Drogenhandel aktiv werden, um sich einen Lebensunterhalt verdienen zu können. So gelangen sie in den Teufelskreis der Diskriminierung und Exklusion und werden zur Zielscheibe der Todesschwadronen. Oft werden Straßenkinder dazu gezwungen Sex mit einem Fremden (meist ein Tourist oder ein Polizeibeamter) zu haben, was häufig den Einstieg in die Prostitution bedeutet und die Kinder sexuell desensibilisiert. Ebenso sehen Menschenrechtsorganisationen hinter Drogenabhängigkeit und –missbrauch eine Bewältigungsstrategie, um Hunger und Elend zu bekämpfen.

Straßenkinder leben in marginalisierten Stadtvierteln, in denen der Staat und dessen soziale Programme nicht präsent sind und deren Bewohnern somit das Recht auf Sicherheit verweigert. Aufgrund dessen führt die Anwesenheit von Kriminellen und Todesschwadronen zur sozialen Exklusion von *allen* Bewohnern dieser Stadtteile, selbst wenn nur ein kleiner Prozentsatz der Slumbewohner tatsächlich in Kriminalität verwickelt ist. So werden Kinder, die in



diesen Nachbarschaften aufwachsen, von Geburt an diskriminiert und ihre Möglichkeiten ein «normales» Leben zu führen von vornherein eingeschränkt.

### Verstöße gegen Menschenrechtskonventionen

Die Philippinen haben etliche Menschenrechtskonventionen unterschrieben und in ihr Grundgesetz übernommen, wie die UN-Kinderrechtskonvention (UNCRC). Dennoch bleiben Todesschwadronen, die gegen diese Gesetze verstoßen, unbestraft. Todesschwadronen verletzen außerdem andere substantielle internationale sowie auch philippinische Menschenrechte, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Freiheit von Folter, Verschwinden und außergerichtlichen Hinrichtungen garantieren soll, das angeborene Recht auf Leben sowie das Recht für Personen unter 18, die ein Verbrechen begangen haben, von der Todesstrafe befreit zu werden (beschrieben in der UNCRC).

### Fazit: Illegitimität

Todesschwadronen sind kein legitimes Instrument weder im Kampf gegen Kriminalität, noch im Aufrechterhalten der Sicherheit. Menschenrechtsaktivisten zeigen richtigerweise auf, dass politisch motivierte Morde gegen demokratische Prinzipien verstoßen, denen sich die Philippinen verschrieben haben. Deshalb spiegelt gerade die Beteiligung und Verstrickung der Regierung in die Aktivitäten von Todesschwadronen eindeutig Verletzungen internationaler

Abkommen wider, die sie unterzeichnet haben. Der Staat hat nicht nur das Monopol der Gewaltausübung, sondern auch die Verantwortung dieses Monopols umsichtig und für alle Bürger anzuwenden. Es ist moralisch nicht vertretbar, dass die Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt der Philippinen Teile dieses Monopols an informelle und damit undemokratische Todesschwadronen übergibt, die fortwährend gegen individuelle Rechte verstoßen, auch wenn ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung diese Aktivitäten willkommen heißen mag. Auch dies ist festgelegt in dem Prinzip der Universalität in der UDHR, welches gleiche Rechte für alle Bürger aussagt.

### Literatur

Anson, R. 2004: In the Shadows of Davao. Davao City: Tambayan – Center for the Care of Abused Children  
 Baker, B. 2002: Taking the Law into Their Own Hands. Lawless law enforcers in Africa. Aldershot: Ashgate Publishing Limited  
 Human Rights Watch (HRW) 2009: You Can Die Anytime. Death Squad Killings in Mindanao. New York: Human Rights Watch  
 Oude Breuil, B. & Rozema, R. 2009: Fatal imaginations: death squads in Davao City and Medellin compared. In: *Crime, Law and Social Change* 52 (5): 405-424  
 UNCRC 1989: Convention on the Rights of the Child.  
<http://www2.ohchr.org/english/law/crc.htm> [19.09.2010]

## Zeugenschutz: Mangelhaft

Ein wichtiger Faktor, der zur schlechten Beweislage beiträgt, ist die Abwesenheit von Zeugen, die meist um ihr Leben fürchten müssen, wenn sie gegen die Täter aus den Reihen des Militärs und der Polizei aussagen. Diese sind oft selbst in die Untersuchungen eingebunden und so wird den Zeugen die Anonymität versagt, die für ihre Sicherheit nötig wäre. Nicht nur die Angst, sondern auch tatsächliche Morde an Zeugen tragen zum Mangel an Beweisen bei. Ein sicheres Zeugenschutzprogramm auf staatlicher Seite gibt es bis dato nicht. Den Zeugenschutzprogrammen von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen fehlt es hingegen meist an Ressourcen, um Zeug/innen über einen längeren Zeitraum angemessen schützen zu können.

Kritiker/innen des staatlichen *Witness Protection, Security and Benefit Programme* (WPSB) fordern umfassende Reformen des Programms wie z.B. eine Erhöhung des Budgets, die Gewährleistung eines unabhängigen Entscheidungskomitees, das über die Aufnahme von Zeugen entscheidet, eine 24-Stunden Betreuung, die Verlegung von Gerichtsverhandlungen in andere Regionen, um Zeugen höheren Schutz zu gewährleisten, und eine Trennung von Zeugen und Tätern bei Gerichtsverhandlungen.

von Maïke Grabowski

### Quellen

<http://www.unhcr.org/refworld/publisher.IRBC..PHL.4804c0dccc.0.html>  
<http://www.thepoc.net/the-poc-features/politi-ko/politiko-features/8101-state-of-witness-protection-program.html>  
<http://www.philstar.com/Article.aspx?articleId=641746&publicationSubCategoryId=200>